

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نښاد تن من مباد      بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم      از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Von Christian Bunke, Manchester

25.03.2020

## Virus trifft Krise

*Pandemie in Großbritannien: Staat pumpt Geld in kaputtgesparte öffentliche Versorgung. Gewerkschaften wehren sich gegen Entlassungen*



REUTERS/Henry Nicholls

Schon lange bekannt: Gefährliche chronische Unterfinanzierung des britischen Gesundheitsdienstes NHS (London, 21.6.2018)

Die britische Regierung greift angesichts der Ausbreitung des Coronavirus immer tiefer in die keynesianische Trickkiste. Am Montag verkündete das Transportministerium die faktische Übernahme der privatisierten Eisenbahnen durch den Staat, um deren Betrieb aufrechterhalten zu können, so Transportminister Grant Shapps in einer schriftlichen Stellungnahme. Schon jetzt habe es bei den Passagieren einen Rückgang von 70 Prozent gegeben, da vermehrt von zu Hause aus gearbeitet werde und Menschen zunehmend

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

»Social distancing« üben. Die mit den Betreibergesellschaften vereinbarten Franchiseabkommen würden ab sofort für sechs Monate ausgesetzt. Dies sei aber »kein neues Modell«, um die Eisenbahnen zu betreiben, sondern nur eine »vorübergehende Lösung«.

Ebenfalls am Montag erklärte der McDonald's-Konzern bis auf weiteres die Schließung seiner britischen Filialen. Die 135.000 Beschäftigten wissen nun nicht, ob sie morgen noch einen Job haben werden. Das ist nur einer von zahlreichen großen Konzernen im Gastronomiebereich, der in den vergangenen Tagen die Betriebseinstellung verkündete.

Die Regierung schnürte deshalb am Freitag ein Paket, welches Beschäftigten von aufgrund der »Coronakrise« geschlossenen Betrieben die Fortzahlung von 80 Prozent ihrer Löhne bis zur Höhe von 2.500 Pfund im Monat garantieren soll. In Kombination mit gewerkschaftlichem Widerstand führte diese Maßnahme bereits zu ersten Ergebnissen. In Schottland wollte die Gastrokette G1 Group eigentlich Tausende Mitarbeiter vor die Tür setzen, nun behalten diese vorerst ihren Job.

Rund fünf Millionen britische Lohnabhängige werden aber trotz der Regierungsmaßnahmen leer ausgehen, da sie als Selbständige oder in prekären Dienstverträgen ohne feste Stundensätze arbeiten. Ihnen stehen nur Zahlungen in Höhe von 94,25 Pfund pro Woche zu. Allein in der Baubranche geht die Großgewerkschaft Unite von 1,03 Millionen Betroffenen aus und fordert deshalb gemeinsam mit anderen Verbänden wie der Journalistengewerkschaft NUJ, dass ausnahmslos alle Beschäftigungsformen unter den Rettungsschirm der Regierung gestellt werden müssen.

Das Militär soll unterdessen nach einem Brandbrief von fast 4.000 Angestellten des Gesundheitsdienstes NHS Schutzausrüstung an das medizinische Personal der staatlichen Kliniken verteilen. Die Krise im Gesundheitswesen ist hausgemacht. In den vergangenen 30 Jahren wurden 44 Prozent der verfügbaren Betten eingespart. Laut der Tageszeitung Times fehlt es am Nötigsten. Pflegekräfte gehen demnach im Baumarkt einkaufen, um sich mit Schutzhandschuhen einzudecken. Krankenschwestern in einer Londoner Klinik mit vielen Covid-19-Fällen hatten sich in ihrer Not große Müllbeutel als Schutz über den Körper gezogen.

Weitere 20.000 Soldaten stehen bereit, um 1,5 Millionen zu den SARS-Risikogruppen gehörenden Menschen Lebensmittelpakete ins Haus zu liefern. Ihnen hat die Regierung geraten, von nun an zwölf Wochen lang daheim zu bleiben. Aufgrund niedriger Löhne und

horrender Mieten leben jedoch viele Menschen mehr oder weniger unfreiwillig in Wohngemeinschaften. Überbelegung von Wohnungen ist ein lange bekanntes Problem, welches sich nun verschlimmert, da Orte des öffentlichen Lebens zunehmend geschlossen werden. Gleichzeitig sind die Londoner U-Bahnen weiter gut gefüllt, da der Fahrplan ausgedünnt wurde und viele Unternehmen ihren Beschäftigten das Recht auf Homeoffice verweigern.

**Junge Welt 23.03.2020**